



UPDATES PHILIPPINES

Veröffentlichung der Nationaldemokratische Front der Philippinen

Amsterdamsestraatweg 50, 3513AG Utrecht, Niederlande

T: +31 30 2310431 | E: editors@updatesphilippines.info | W: updatesphilippines.info

2022 Nummer 5

Deutsche Ausgabe

7. September 2022

LEITARTIKEL

US-Kriegstreiberei gegen China bedroht Weltfrieden

Die jüngsten Provokationen der USA gegen China bezüglich Taiwan bringen die Welt näher an den Rand eines globalen Krieges. Die USA führen diese Provokationen gegen China durch, während sie sich in der Ukraine weiterhin in einem Stellvertreterkrieg gegen Russland engagieren. Vor dem Hintergrund einer erklärten "grenzenlosen" Partnerschaft zwischen Russland und China, die sich gegenseitig in der Ukraine- und Taiwan-Frage unterstützen und versprechen, noch stärker gegen den Westen zusammenzuarbeiten, wird ein Krieg der USA gegen China einen neuen Weltkrieg auslösen.

Während das philippinische Volk den US-Imperialismus für seine Kriegstreiberei verurteilt, muss es auch den chinesischen Imperialismus dafür anprangern, dass er die langjährige Politik des Vorsitzenden Mao Zedong, die auf eine friedliche Lösung abzielte, aufgegeben hat, um die Frage der Wiedervereinigung Chinas mit militärischer Gewalt zu lösen.

Der jüngste Besuch der US-Sprecherin Nancy Pelosi in Taiwan war eine unverhohlene Provokation gegen China. Der Besuch erfolgte nach den jüngsten Erklärungen von US-Präsident Biden, dass die USA "Taiwan verteidigen werden". Einige Tage zuvor hatte US-Verteidigungsminister Mark Esper eine Delegation des Atlantischen Rates nach Taiwan geleitet und ein Ende der Ein-China-Politik gefordert, während ein US-Lenkflugzeugträger, die USS Benfold, durch die Straße von Taiwan fuhr. Das US-Militär stationierte außerdem die Trägerkampfgruppe USS Reagan östlich von Taiwan.

China reagierte auf die Provokationen mit dem Abschuss von 11 ballistischen Raketen in die Taiwan umgebenden Gewässer als Teil einer Reihe von Militärübungen". Die USA wünschen sich, dass China eine Fehlkalkulation begeht, um seine Aktionen zur "Verteidigung Taiwans" zu rechtfertigen und die verstärkte Stationierung und den Verkauf von US-Waffen in der Region zu fördern.

Angesichts der eskalierenden Konkurrenz durch das imperialistische China haben die USA Handelsanktionen gegen in China hergestellte Produkte verhängt, darunter auch gegen Huawei, unter dem Vorwand, das Unternehmen sei an Spionage beteiligt. Darüber hinaus haben die USA den quadrilateralen Sicherheitsdialog mit Japan, Indien und Australien mit dem Ziel der Einkreisung Chinas aktiviert. Sie befürworten auch die Erweiterung der NATO über den Atlantik hinaus, indem sie Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland einbeziehen und China zu einer "strategischen Bedrohung" für das Militärbündnis erklären.

Das philippinische Volk muss die USA dafür anprangern, dass sie philippinische Militäreinrichtungen und Hoheitsgewässer als Sprungbrett für aggressive Handlungen gegen China nutzen. Die Filipinos müssen das taiwanische Volk in seinem Kampf gegen die Instrumentalisierung Taiwans durch die USA und gegen den wachsenden Militarismus Chinas unterstützen. Gleichzeitig müssen sie die Bestrebungen des chinesischen Volkes unterstützen, die Wiedervereinigung Chinas friedlich und freundschaftlich zu lösen.

Das philippinische Volk muss den Abzug aller US-Truppen und Militärberater von philippinischem Boden fordern, der das Land zur Zielscheibe von Repressalien der US-Feinde macht. Es muss auch China auffordern, die nationale Souveränität und das Seeterritorium der Philippinen zu respektieren und den Abbau aller militärischen Einrichtungen, die in und um die Westphilippinische See errichtet wurden, verlangen.

Das philippinische Volk muss sich mit den friedliebenden Völkern der USA und Chinas zusammenschließen und eine Einheitsfront gegen den imperialistischen Krieg bilden. Gemeinsam mit den Völkern Südostasiens, des asiatisch-pazifischen Raums und darüber hinaus muss das philippinische Volk auch eine Einheitsfront gegen imperialistische Aggressionen bilden, insbesondere gegen die Kriegsprovokationen der USA in der Region. **UP**

Ab dieser Ausgabe erscheint die deutsche Ausgabe jeden 7. des Monats.

Wir würden gerne von Ihnen hören!

Bitte senden Sie Ihre Fragen, Kommentare oder Vorschläge an:

editors@updatesphilippines.info



Bild: cpp.ph

Gemeinsame US-RP-Patrouillen in der Westphilippinischen See verurteilt

Die Kommunistische Partei der Philippinen verurteilte am 8. August den Vorschlag, dass die Streitkräfte der Republik der Philippinen und der USA gemeinsame Seepatrouillen in der Westphilippinischen See durchführen sollen. Marco Valbuena, Chief Information Officer der CPP, sagte: "Ein solcher Plan ist schädlich für das Land, da er die Philippinen weiter an das US-Militär bindet, und das zu einer Zeit, in der

die wirtschaftlichen und militärischen Spannungen zwischen den USA und China zunehmen."

Valbuena sagte, die vorgeschlagenen gemeinsamen Seepatrouillen würden das Land seiner Fähigkeit berauben, unabhängig und im Einklang mit seinen nationalen Interessen zu handeln. "Es wird schamlos zur Schau stellen, dass die philippinischen Streitkräfte (AFP) ein Anhängsel des US-Militärs sind und das Land zur Zielscheibe der Feinde oder Rivalen des US-Imperialismus machen", sagte er.

Er warnte: "Solche gemeinsamen Patrouillen können dazu benutzt werden, China zu unkalkulierten bewaffneten Aktionen zu provozieren... und so dem US-Ziel einer Eskalation bewaffneter Auseinandersetzungen zu dienen. In gewisser Weise kann dies ähnlich sein, wie die USA die Ukraine benutzt haben, um Russland zu einem militärischen Angriff zu provozieren und so die Voraussetzungen für einen Krieg zu schaffen, aus dem der militärisch-industrielle Komplex der USA nun riesige Gewinne erzielt."

Der Außenminister der Regierung Marcos, Enrique Manalo, bestätigte in einer virtuellen Pressekonferenz mit dem US-Außenminister Antony Blinken am 6. August den Vorschlag und versicherte, dass dies unter den Vertrag zwischen den USA und der Republik Polen über gegenseitige Verteidigung, das Abkommen über Besuchstruppen und das Abkommen über verstärkte Verteidigungszusammenarbeit falle.

Valbuena erklärte, dass das Marcos-Regime sowohl den USA als auch China gegenüber unterwürfig sei, sich aber angesichts des zunehmend aggressiven Auftretens der USA im asiatisch-pazifischen Raum, von Taiwan über die Philippinen bis hin zu den Salomonen, bisher eher fügsam gezeigt habe.

Er erklärte: "Marcos zeigte völlige Rückgratlosigkeit, als er die dreiste Provokation der USA gegen China durch den offiziellen Besuch der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, in Taiwan herunterspielte... Das Marcos-Regime zeigte sich den USA gegenüber äußerst unterwürfig, als es Verträge über den Kauf von Militärgütern mit Russland kündigte, weil es befürchtete, dass die Philippinen US-Sanktionen ausgesetzt würden."

Die CPP rief das philippinische Volk dazu auf, auf die Aufhebung des Vertrages über die gegenseitige Verteidigung zwischen den USA und den Philippinen, des Abkommens über den Besuch von Streitkräften und des Abkommens über die verstärkte Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich sowie auf den Abzug aller US-Truppen und -Berater aus dem Land zu drängen.

"Gleichzeitig muss das philippinische Volk von China verlangen, seine Militäreinrichtungen abzubauen, die industrielle Fischerei und die Plünderung der Meeresressourcen innerhalb des maritimen Territoriums, der ausschließlichen Wirtschaftszone und des erweiterten Festlandsockels des Landes einzustellen und die Entscheidung des internationalen Schiedsgerichts vom Juli 2016 zu respektieren", schloss Valbuena. **UP**

Ländliche Missionare auf den Philippinen wegen "Terrorismusfinanzierung" angeklagt

Die Staatsanwälte der Regierung Marcos II kündigten am 15. August die Erhebung von Strafanzeigen gegen 16 Personen an, die sich angeblich verschworen haben, Geld aus ausländischen Quellen zur Finanzierung der Neuen Volksarmee (New Peoples' Army - NPA) abzuzweigen. Die 16 Personen, darunter fünf römisch-katholische Nonnen und ein Rechtsanwalt, gehören den Rural Missionaries of the Philippines (RMP) an, einer 53 Jahre alten freiwilligen Vereinigung von Priestern, Nonnen und Laienmissionaren, die ländliche Gemeinschaften von Bauern, Landarbeitern, Fischern und indigenen Völkern unterstützen.

In ihrer Ankündigung gaben die Staatsanwälte des Justizministeriums bekannt, dass sie einen "hinreichenden Verdacht" gegen Sr. Emma Teresita Cupin, Sr. Susan Dejolde, Sr. Fatima Napoles Somogod, Sr. Augustina Juntilla, Sr. Maryjane Caspillo, Atty. Czarina Golda Selim Musni, Melissa Comiso, Maridel Solomon Fano, Jhona Ignilan Stokes, Hanelyn Caibigan Cespedes, Angelie Magdua, Emilio Gabales, Mary Louise Dumas, Aileen Villarosa, Evelyn Naguio und Aldeem Yañez wegen "Bereitstellung von Geldern für die Kommunistische Partei der Philippinen und die NPA haben".

Fortsetzung nächste Seite...

... Fortsetzung

Die Staatsanwälte des Justizministeriums (Department of Justice - DOJ) bestätigten jedoch nicht, ob die Angeklagten Vorladungen erhalten haben oder an der Voruntersuchung des DOJ teilnehmen durften.

RMP-Sprecherin Sr. Rebecca D. Pacete, MMS, wies die Vorwürfe zurück und erklärte, dass über alle Projekte berichtet und Rechenschaft abgelegt werde. Das RMP, so sagte sie, "erfüllte die Anforderungen bei der Beschaffung von Mitteln für Projekte, einschließlich Audits".

Sr. Pacete beklagte auch die Dämonisierung ihrer Arbeit, die, wie sie sagte, "verschiedene Ministerien in den Bereichen nachhaltige Landwirtschaft, ländliche Schulen, Katastrophenvorsorge, Eindämmung des Klimawandels, Gesundheitsdienste, Verteidigung der Menschenrechte und ökologische Landwirtschaft negativ beeinflusst hat".

Sie äußerte sich auch besorgt über die Sicherheit der Angeklagten, von denen zwei bereits wegen erfundener Anschuldigungen im Gefängnis sitzen. "Tollwütige und tödliche, rote Markierungen, die Bewaffnung des Gesetzes und die Straffreiheit für Menschenrechtsverletzungen sind nach wie vor staatliche Maßnahmen, die energisch bekämpft werden müssen", sagte sie.

Der Fall geht auf Beschwerden des Anti-Geldwäsche-Rates (Anti-Money Laundering Council – AMLC) zurück, die sich auf die Aussagen von zwei angeblichen Zeugen stützen, die behaupten, ehemalige Mitglieder der NPA zu sein. Der AMLC hatte zuvor die Bank of the Philippine Islands angewiesen, drei RMP-Bankkonten im Dezember 2019 für 20 Tage einzufrieren. Die Sperrung wurde im Februar 2020 vom Berufungsgericht auf sechs Monate verlängert.

Die Staatsanwälte des Justizministeriums "empfehlen keine Kautions für die Angeklagten". Im Falle einer Verurteilung droht den Angeklagten die Höchststrafe von lebenslanger Haft und eine Geldstrafe von nicht weniger als 500.000 PhP (9.000 US-Dollar). **UP**



Der philippinische Menschenrechtsanwalt Angelo Carlo Guillen. Foto: bulatlat.com

Philippinischer Anwalt erhält Baldwin Medal of Liberty 2022

Die internationale Menschenrechtsorganisation Human Rights First gab am 8. August die Verleihung der Roger N. Baldwin Medal of Liberty 2022 an den philippinischen Menschenrechtsanwalt Angelo Guillen bekannt. Die Roger N. Baldwin Medal, benannt nach einem der Gründer der American Civil Liberties Union (ACLU) und der International League for Human Rights, wird an "außergewöhnliche Aktivisten" als Anerkennung und Unterstützung für "die Förderung des Schutzes der Menschenrechte unter großem persönlichen Risiko"

verliehen.

Michael Breen, Präsident und CEO von Human Rights First, gab den diesjährigen Preisträger bekannt. Er lobte Guillen als "mutigen und effektiven Fürsprecher, dessen Arbeit das Leben seiner philippinischen Mitbürger verändert hat, der Missstände aufgedeckt und Rechenschaft gefordert hat".

Guillen, der derzeit Generalsekretär der National Union of Peoples' Lawyers (NUPL) - Panay Island ist, wurde von Beamten der Regierung in Manila ständig überwacht, verleumdet und schikaniert. Er und seine NUPL-Kollegen werden als "Kommunisten" und "Terroristen" bezeichnet und sind tödlichen Angriffen durch staatliche Sicherheitskräfte ausgesetzt. Im März 2021 überlebte Guillen eine brutale Messerstecherei durch noch unbekannte Angreifer. Drei weitere NUPL-Anwälte wurden in den letzten Jahren ermordet.

"Ich fühle mich geehrt, die Baldwin-Medaille stellvertretend für alle philippinischen Menschenrechtsanwälte und -verteidiger entgegenzunehmen", sagte Guillen. "Diese Auszeichnung wird uns noch mehr ermutigen, unsere Arbeit zur Verteidigung der Menschenrechte und der bürgerlichen Freiheiten auf den Philippinen fortzusetzen, auch in diesen schwierigen Zeiten.

"Ich freue mich besonders, dass diese Auszeichnung am internationalen Tag der indigenen Völker der Welt, der auch der nationale Tag der indigenen Völker auf den Philippinen ist, bekannt gegeben werden konnte. Indigene Völker wie die Tumandok-Gemeinschaft sowie Bauern, Gewerkschaftsführer und Aktivisten haben die Hauptlast von ungerechtfertigten Verhaftungen, außergerichtlichen Tötungen und anderen Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Sicherheitskräfte zu tragen, die auch heute noch im ganzen Land stattfinden. Ihre Rechte müssen geschützt werden, und wir hoffen, dass diese Auszeichnung dazu beitragen wird, auf ihre Notlage aufmerksam zu machen.

Die 1989 ins Leben gerufene Auszeichnung wird abwechselnd von Human Rights First, die Menschenrechtsverteidiger außerhalb der USA auszeichnet, und der ACLU, die Menschenrechtsverteidiger in den USA auszeichnet, verliehen. Die Baldwin-Medaille 2022 wird Guillen persönlich bei einer Veranstaltung in den USA im Laufe dieses Jahres überreicht. **UP**